



Soziale Marktwirtschaft in unserer Zeit

Resolution des gemeinsamen Wirtschaftskongresses der Jungen Union Deutschlands
und der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Seit 60 Jahren hat die Soziale Marktwirtschaft unserem Land eine beispiellose Erfolgsgeschichte beschert. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet Freiheit mit Sicherheit, Wettbewerb mit Solidarität und schöpferische Dynamik mit Gemeinsinn. Die Väter dieses Prinzips wussten: Der freie Markt ist ein unersetzliches Instrument, um Wohlstand zu schaffen. Aufgabe des Staates muss es dabei sein, Rahmenbedingungen zu schaffen und die Ordnungsformen der Wirtschaft zu gestalten. Diese Grundprinzipien gaben den Menschen seit sechs Jahrzehnten das Fundament, sich entsprechend ihrer eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten zu entfalten, durch ihren Fleiß Wohlstand für uns alle zu schaffen.

Angesichts der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mehren sich heute die Rufe nach einem starken Staat. Er soll Halt geben in einer Zeit, in der die Menschen mit erhöhter Unsicherheit konfrontiert sind. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat dabei insbesondere Kritikern der Sozialen Marktwirtschaft Auftrieb verliehen. Dabei wird verkannt, dass nicht das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft Ursache der Krisensituation ist. Vielmehr führt die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Politik vor Augen, wie bedeutsam die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft für unser Land ist.

Verlässliche Regeln müssen Halt und Zuversicht geben. Dazu gehören das klare Bekenntnis zu Wettbewerb und offenen Märkten sowie zu Privateigentum und Vertragsfreiheit. Wer sich allerdings der aktuellen Konjunkturkrise als Vorwand für den Einzug der Staatswirtschaft bedient, vergeht sich an den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Schon Walter Eucken machte deutlich, dass ein Staat auch unter dem Eindruck einer momentanen Notlage die Funktionsfähigkeit der Märkte nicht durch übermäßige staatliche Eingriffe und Subventionen behindern oder gar stilllegen darf.

Vielmehr ist es erforderlich, auch in Krisenzeiten auf die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft, einen freien Wettbewerb, die Innovationskraft von Unternehmen sowie die Verantwortung jedes Einzelnen zu vertrauen. Der Staat darf daher nicht auf kurzfristige Strohfeuer, Staatsprogramme und wettbewerbsverzerrende Subventionen setzen, sondern muss bestehende Barrieren zu Gunsten von mehr Beschäftigung und Wachstum abbauen. Denn es ist nicht der Staat, der den Aufschwung aus der Krise und neue Arbeitsplätze schafft. Dies liegt einzig in den Händen der Unternehmen, des Mittelstands und der arbeitenden Bevölkerung in unserem Land.

Für Deutschland liegt der Reformbedarf auf der Hand: Die Lohnnebenkosten müssen weiter gesenkt werden. Ein effizientes Steuersystem muss Leistung belohnen. Ein moderner Sozialstaat muss die Unterstützung der Solidargemeinschaft für den Einzelnen so ordnen, dass Steuermittel nur im Bedürftigkeitsfall und im zwingend erforderlichen Maß eingesetzt werden. Der Bürokratieabbau muss systematisch umgesetzt werden.

Der erforderliche Handlungsrahmen für den Staat lässt sich auf eine einfache Grundformel bringen: Was der Schaffung und Sicherung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze dient, muss in Angriff genommen werden. Was diesem Ziel entgegensteht, muss unterlassen werden. In diesem Sinne sprechen sich die Junge Union Deutschlands und die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU für eine Wiederbelebung der Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft aus. Wir bekräftigen unser klares Bekenntnis zum Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und appellieren an alle Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft, sich gerade auch in Krisenzeiten am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft zu orientieren.

Am 15. Juli jährt sich die Verabschiedung der Düsseldorfer Leitsätze zum sechzigsten Mal, in denen die Union die Soziale Marktwirtschaft zu ihrem Wirtschaftsprogramm gemacht hat. Zum Abschluss des Kongresses „Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft – Made in Germany“ sollen im Folgenden einige Forderungen der JU und der MIT für eine erfolgreiche Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft und eine Rückkehr zu einer Politik für nachhaltiges Wirtschaftswachstum vorgestellt werden.

Generationengerechtigkeit und Wachstumspolitik durch Finanz- und Steuerpolitik

- Verschuldungsverbot für Generationengerechtigkeit beachten und Entschuldungsgebot verwirklichen, damit zusätzliche Einnahmen nicht nur in zusätzlichen Ausgaben münden
- Aufgabenkritik und echte Sparanstrengungen in den öffentlichen Haushalten
- Langfristige Drei-Säulen-Strategie aus Entlastung, Konsolidierung und Investitionen, um Steuermehreinnahmen wachstumsfördernd und generationengerecht einzusetzen
- Einfacher, niedriger, gerechter mit einer großen Steuerreform; dazu gehören v.a. die Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen und das Ende der „kalten Progression“
- Unternehmenssteuern weiter entwickeln, um Belastungen aus ertragsunabhängigen Steuerstatbeständen zu verhindern und Nachteile für den Mittelstand zu beseitigen

Vertrauen und Stabilität durch Regulierung der Kapitalmärkte zurückgewinnen

- Einheitliche Standards bei Überwachung und Regulierung von Finanzmärkten europa- und weltweit; Zusammenführung europäischer Finanzaufsicht im Rahmen der EZB
- Änderung der Rechnungslegungsstandards in Richtung kontinentaleuropäischer Traditionen, um pro-zyklische Wirkungen zu vermeiden
- Aufsicht über Rating-Agenturen mit Bewertung durch Bundesbank und EZB; Trennung von Bewertung und Beratung; Schaffung einer europäischen Rating-Agentur
- Mit Abschluss der Doha-Runde Freihandel statt Protektionismus stärken
- Einhaltung von Gesundheits-, Tier- und Umweltschutzstandards, sozialen Mindeststandards und des Schutzes geistigen Eigentums im Welthandel verankern

Infrastrukturpolitik für nachhaltiges Wachstum nutzen

- Verabschiedung einer nationalen Energiestrategie mit einem breiten Energiemix und einer Diversifizierung der Lieferländer; Bündelung der Zuständigkeit für Energiepolitik im Bundeskabinett in einem Ministerium
- Weiterentwicklung des EEG in Richtung Wirtschaftlichkeit und Bedarfsgerechtigkeit; Verlängerung der Laufzeit deutscher Kernkraftwerke und Abschluss des Erkundungsverfahrens in Gorleben für ein Endlager
- Dichte europäische Verknüpfung der Stromnetze; einheitliches Netzregelgebiet in Deutschland ohne staatliche Beteiligung; Ausbau der Hochspannungsnetze
- Verkehrsinfrastrukturpolitik zu Priorität machen, Logistik- und Mobilitätsstandort Deutschland ausbauen; LKW-Maut für Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur verwenden
- Ausbau der Breitbandinfrastruktur auch auf dem Land sicherstellen; rasche Verwirklichung transeuropäischer Verkehrsprojekte in Deutschland ermöglichen
- Wiederbelebung der Wohneigentumsförderung zur Vermeidung von Knappheiten und Teuerungen in Ballungsräumen und zur Belebung der binnenwirtschaftlichen Kräfte

Langfristige Chancen wahren – Innovationsstrategie für Deutschland

- Steuerliche Förderung von Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie Innovationspaket Mittelstand zur Verbesserung des Zugangs von KMU zur Forschungsförderung
- Bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen in innovative junge Unternehmen
- Erhöhung der Forschungsausgaben, strategische Forschungsförderung an Innovations-schwerpunkten und Einführung von Forschungsgutscheinen
- Stärkung der Energieforschung v.a. im Bereich erneuerbare Energien und Energiespeicherung; Wiedereinstieg Deutschlands in die internationale Kernforschung
- Technik- und Innovationskompetenz in schulischer Ausbildung verstärken; Bildungsgänge in den MINT-Fächern praxisnäher und attraktiver gestalten